Mecklenburg-Vorpommern

# Zurück zum Atom

**[05.11.2025] Sechs Bundesländer bündeln ihre Kräfte zur Weiterentwicklung der Kernfusion in Deutschland. Mecklenburg-Vorpommern unterzeichnet die Eckpunkte der neuen Fusionsallianz und bringt seine Forschungskompetenz ein.**

Die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns beteiligt sich an der neuen Fusionsallianz. Wie das Ministerium für Wissenschaft, Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten berichtet, hat Wissenschaftsministerin Bettina Martin (SPD) in München gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus Bayern, Hamburg, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein die entsprechenden Eckpunkte unterzeichnet. Ziel ist es, Forschung und technische Umsetzung der Kernfusion länderübergreifend voranzubringen und dabei den bestehenden Vorsprung Deutschlands in diesem Gebiet zu sichern.

Den Angaben des Ministeriums zufolge sehen die vereinbarten Maßnahmen eine engere Verzahnung der Forschung vor, von abgestimmten Initiativen zur Kompetenzentwicklung bis zu gemeinsamen Master- und Graduiertenprogrammen. Auch die Zusammenarbeit mit europäischen Forschungseinrichtungen und Unternehmen soll gestärkt werden.

Mecklenburg-Vorpommern verweist auf jahrzehntelange Erfahrung in der Fusionsforschung. In Greifswald steht am Max-Planck-Institut für Plasmaphysik der Stellerator Wendelstein 7-X, eine der weltweit führenden Anlagen für Magnetfusion. Die Forschung erfolgt in Kooperation mit dem Bund und dem Freistaat Bayern. Parallel baut das Land auch im Bereich der Laserfusion Kapazitäten auf. An der Universität Rostock soll in Zusammenarbeit mit dem Helmholtz-Zentrum Dresden-Rossendorf das High Energy Density Institut entstehen. Dafür stellt die Landesregierung 20 Millionen Euro bereit.

Martin erklärte laut Mitteilung, die Fusion könne langfristig eine sichere und nahezu rohstoffunabhängige Energiequelle werden. Die Bundesregierung habe diese Technologie in ihrer Hightech-Agenda ebenfalls hervorgehoben. Entsprechend verstehe die Allianz sich als Beitrag dazu, ein erstes gewinnbringendes Fusionskraftwerk in Deutschland zu ermöglichen.

(th)

Stichwörter: Politik, Mecklenburg-Vorpommern